Deutscher Bundestag
1. Wahlperiode
1949

Drucksache Nr. 4100

Mündlicher Bericht

des Haushaltsausschusses
(10. Ausschuß)

zum Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Nachtrags zum Bundeshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1952 (Nachtragshaushaltsgesetz 1952)

- Nr. 3800 der Drucksachen -

Berichterstatter:
Abgeordneter Schoettle

Antrag des Ausschusses:

Der Bundestag wolle beschließen,

1. den vorbezeichneten Gesetzentwurf mit den aus der nachstehenden Zusammenstellung ersichtlichen Änderungen, im übrigen unverändert nach der Vorlage anzunehmen,
2. die Anlage zum Nachtrag 1952 — Gesamtplan — in der anliegenden Fassung anzunehmen,
3. die folgende Entschließung anzunehmen:

   Bei der Beratung der Einzelpläne des Nachtragshaushalts 1952 hat der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages feststellen müssen, daß die personelle Beteiligung der Bundesrepublik an der Verwaltung der verschiedensten internationalen und supranationalen Organisationen durchweg wesentlich unter dem deutschen materiellen Beitrag zu diesen Organisationen liegt. Dieser Zustand ist — auch bei Würdigung der Tatsache, daß die Bundesrepublik diesen Organisationen erst mehr oder weniger lange nach der Gründung beigetreten ist — nach Ansicht des Haushaltsausschusses nicht erträglich. Bei Fortdauer des gegenwärtigen, durchaus unbefriedigenden Zustandes würde der Haushaltsausschuß bei der Beratung künftiger Haushaltspläne prüfen müssen, ob er dem Bundestag die Bewilligung solcher Beiträge in Zukunft noch empfehlen kann.

   Die Bundesregierung wird daher ersucht, auf jedem zweckmäßig erscheinenden Wege für die Durchsetzung der berechtigten deutschen Ansprüche einzutreten.

Bonn, den 25. Februar 1953

Der Haushaltsausschuß
Schoettle
Vorsitzender und Berichterstatter

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei Gebr. Scheur, Bonn
Allein-Vertrieb: Dr. Hans Heger, Andernach, Breite Straße 30
und Wiesbaden, Nietzschestraße 1

Zusammenstellung

des

Entwurfs eines Gesetzes

über die Feststellung eines Nachtrags zum Bundeshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1952 (Nachtragshaushaltsgesetz 1952)

- Nr. 3800 der Drucksachen -

mit den Beschlüssen des Haushaltsausschusses (10. Ausschuß)

Vorlage	Beschlüsse des 10. Ausschusses
Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:	Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:
§ 1	§ 1
Zu dem sich aus dem Gesetz vom 25. Juni 1952 (Bundesgesetzbl. II S. 605) ergebenden Bundeshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1952 wird der diesem Gesetz als Anlage beigefügte Nachtrag in Einnahme und Ausgabe auf	Zu dem sich aus dem Gesetz vom 25. Juni 1952 (Bundesgesetzbl. II S. 605) ergebenden Bundeshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1952 wird der diesem Gesetz als Anlage beigefügte Nachtrag in Einnahme und Ausgabe auf
2 155 278 700 Deutsche Mark festgestellt, und zwar	**2 281 864 900** Deutsche Mark festgestellt, und zwar
im ordentlichen Haushalt auf	im ordentlichen Haushalt auf
3 428 847 300 Deutsche Mark an Einnahmen	**3 403 940 500** Deutsche Mark an Einnahmen
und auf	und auf
3 428 847 300 Deutsche Mark an Ausgaben,	**3 403 940 500** Deutsche Mark an Ausgaben,
im außerordentlichen Haushalt auf	im außerordentlichen Haushalt auf
— 1 273 568 600 Deutsche Mark an Einnahmen	— **1 122 075 600** Deutsche Mark an Einnahmen
und auf	und auf
— 1 273 568 600 Deutsche Mark an Ausgaben.	— **1 122 075 600** Deutsche Mark an Ausgaben.
§ 2	§ 2
(1) Die am 1. Juni 1952 im Dienst befindlichen planmäßigen und außerplanmäßigen Beamten des Bundes und der in Artikel 130 des Grundgesetzes bezeichneten Verwaltungs-	(1) unverändert

Vorlage	Beschlüsse des 10. Ausschusses
organe und Einrichtungen erhalten eine nicht ruhegehaltfähige Jahreszuwendung in Höhe von 50 v. H. der ihnen für den Monat Juni 1952 zustehenden Dienstbezüge. Für die Beamten im Vorbereitungsdienst gilt diese Regelung sinngemäß.	
(2) Bei Beamten, die erst nach dem 1. Januar 1952 als Beamte oder Angestellte in den öffentlichen Dienst (ohne Rücksicht auf den Dienstherrn) eingestellt worden sind, ermäßigt sich die Jahreszuwendung für jeden Monat des Jahres 1952, für den keine Beamten- oder Angestelltenbezüge gezahlt worden sind, um je ein Zwölftel. Diese Einschränkung gilt nicht für die am 1. Juni 1952 wiederverwendeten Beamten aus dem Kreise der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen. Beamte, die am 1. Juni 1952 ohne Dienstbezüge beurlaubt waren, erhalten nur je ein Zwölftel der Jahreszuwendung für jeden Monat, für den in der Zeit vom 1. Januar bis 31. Mai 1952 Dienstbezüge gezahlt worden sind.	(2) unverändert
§ 3	§ 3
(1) Die am 1. Juni 1952 vorhanden gewesenen Empfänger	(1) unverändert
1. von Versorgungsbezügen (Wartegeldern, Ruhegehältern, Witwen- und Waisengeldern und Unterhaltsbeiträgen), die der Bund zu tragen hat,	
2. von Übergangsgehältern und Übergangsbezügen nach den §§ 37 und 52 Abs. 2, Ruhegehalt, Ruhevergütung und Ruhelohn nach § 52 Abs. 1 und Bezügen nach § 51 des Gesetzes zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen vom 11. Mai 1951 (Bundesgesetzbl. I S. 307),	
3. von Ruhevergütung und Ruhelohn, die der Bund auf Grund anderer gesetzlicher Vorschriften zu tragen hat,	
4. von laufenden Unterstützungen, die Angestellte und Arbeiter ehemaliger Heeres- und Marinebetriebe und der ehemaligen Reichsdruckerei nach den dafür ergangenen Bestimmungen erhalten,	
oder deren Hinterbliebene erhalten eine einmalige Jahreszuwendung. Satz 1 gilt auch, wenn Einrichtungen nach § 61 des Gesetzes zur Regelung der Rechtsverhältnisse der	

Vorlage	Beschlüsse des 10. Ausschusses
unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen vom 11. Mai 1951 zur Versorgung verpflichtet sind.	
(2) Die Jahreszuwendung beträgt 50 v. H. des Bruttobetrages an Versorgungs- oder diesen gleichgestellten Bezügen (einschließlich etwaiger Kinderzuschläge), der den im Absatz 1 bezeichneten Personen für den Monat Juni 1952 vor Anwendung der Ruhensvorschriften des § 127 des Deutschen Beamtengesetzes und der §§ 33 Abs. 1 und 2 und 37 Abs. 3 des Gesetzes zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen vom 11. Mai 1951 zustand. Bei Bezügen, auf die ein Rechtsanspruch nicht besteht und die für einen nach dem 1. Januar 1952 liegenden Zeitraum bewilligt worden sind, ist die Jahreszuwendung für jeden Monat des Jahres 1952, für den keine Zahlung geleistet worden ist, um je ein Zwölftel zu kürzen.	(2) unverändert
(3) Auf die Jahreszuwendungen nach den Absätzen 1 und 2 sind die Ruhensvorschriften des § 127 des Deutschen Beamtengesetzes und der §§ 33 Abs. 1 und 2 und 37 Abs. 3 des Gesetzes zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen vom 11. Mai 1951 nicht anzuwenden. Die Zuwendungen nach § 2 dieses Gesetzes oder nach entsprechenden in den Ländern geltenden Vorschriften und die Ausgleichszahlungen auf Grund der Tarifvereinbarung vom 8. April 1952 (MinBlFin. S. 189) sind bei Anwendung der vorbezeichneten Ruhensvorschriften nicht zu berücksichtigen; sie sind auf die Jahreszuwendungen nach den Absätzen 1 und 2 anzurechnen.	(3) unverändert
§ 4	§ 4
Die jeweils bei den Ausgabetiteln 2, 3, 4 und 5 der einzelnen Haushaltskapitel des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1952 veranschlagten Mittel können in Abweichung von § 33 Abs. 1 der Reichshaushaltsordnung ohne besondere Zustimmung des Bundesministers der Finanzen insoweit überschritten werden, als sie infolge 1. der den Beamten gemäß § 2 dieses Gesetzes gewährten Jahreszuwendung 2. der den Angestellten gemäß der Tarifvereinbarung vom 8. April 1952 gewährten Ausgleichszahlung nicht ausreichen.	(1) unverändert

Vorlage	Beschlüsse des 10. Ausschusses
	(2) Übertragbare Ausgabemittel sind mit anderen Ausgabemitteln deckungsfähig, wenn dies bei einzelnen Ausgabetiteln im Haushaltsplan durch Haushaltsvermerk bestimmt ist (§ 31 Satz 2 der Reichshaushaltsordnung).
§ 5	§ 5
(1) Hat auf Grund der Gesetze zur Regelung der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts für Angehörige des öffentlichen Dienstes vom 11. Mai 1951 (Bundesgesetzbl. I S. 291) und vom 18. Mai 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 137) der Geschädigte einen Anspruch auf Wiederherstellung oder Beförderung gegen den Bund, so kann, wenn im Bereiche der zuständigen obersten Bundesbehörde entweder eine der ihm zu gewährenden Rechtsstellung und Besoldung entsprechende freie Planstelle nicht zur Verfügung steht oder eine Planstelle der erforderlichen Art nicht vorgesehen ist, der Bundesminister der Finanzen eine vorhandene Planstelle in eine solche einer Besoldungsgruppe mit höherem Endgrundgehalt umwandeln. Diese erhält den Zusatz „künftig umzuwandeln in Besoldungsgruppe ...". Sofern die Wiederanstellung oder Beförderung auf diese Weise nicht durchführbar ist, so kann der Bundesminister der Finanzen die erforderliche Planstelle mit dem Zusatz „künftig wegfallend" im Haushaltsplan zusätzlich ausbringen. Die hierdurch erwachsenden Mehrausgaben dürfen, soweit erforderlich, in Abweichung von § 33 Abs. 1 der Reichshaushaltsordnung ohne besondere Zustimmung des Bundesministers der Finanzen über die Ansätze des Haushaltsplans hinaus geleistet werden. Die Vorschriften des § 36a der Reichshaushaltsordnung bleiben unberührt.	**(1) Hat auf Grund der Gesetze zur Regelung der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts für Angehörige des öffentlichen Dienstes vom 11. Mai 1951 (Bundesgesetzbl. I. S. 291) oder vom 18. März 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 137) der Geschädigte einen Anspruch auf Wiederanstellung oder Beförderung gegen den Bund und steht im Bereiche der zuständigen obersten Bundesbehörde keine freie Planstelle zur Verfügung, die der ihm zu gewährenden Rechtsstellung und Besoldung entspricht, so kann der Bundesminister der Finanzen mit Zustimmung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages zum Zwecke der Unterbringung des Geschädigten eine vorhandene Planstelle mit dem Zusatz „künftig umzuwandeln in Besoldungsgruppe ...." in eine Planstelle einer Besoldungsgruppe mit höherem Endgrundgehalt umwandeln oder, falls die Wiederanstellung oder Beförderung auf diese Weise nicht durchführbar ist, eine Planstelle der erforderlichen Art mit dem Zusatz „künftig wegfallend" im Haushaltsplan zusätzlich ausbringen. Diese Maßnahmen sind auch dann zulässig, wenn für den wiedergutmachungsberechtigten Beamten eine seiner dienstlichen Eignung entsprechende Verwendung in einer freien Planstelle nicht möglich ist.**
(2) Freie planmäßige Stellen sind mit Beamten zu besetzen, die aus einer Planstelle nach Absatz 1 besoldet werden und die erforderliche Vor- und Ausbildung für das zu übertragende Amt besitzen. Der Bundesminister der Finanzen kann Ausnahmen zulassen. Wird der Beamte in eine Planstelle des ordentlichen Stellenplans eingewiesen, so fällt die zusätzliche Planstelle weg; war die Stelle umgewandelt worden, so entfällt die Höherstufung.	(2) Freie planmäßige Stellen sind mit Beamten zu besetzen, die aus einer Planstelle nach Absatz 1 besoldet werden und die erforderliche Vor- und Ausbildung für das zu übertragende Amt besitzen. Der Bundesminister der Finanzen kann Ausnahmen zulassen. Wird der Beamte in eine Planstelle des ordentlichen Stellenplans eingewiesen, so fällt die zusätzliche Planstelle weg; war die Stelle umgewandelt worden, so entfällt die Höherstufung. **Die Vorschriften des § 36a der Reichshaushaltsordnung bleiben unberührt.**

Vorlage	Beschlüsse des 10. Ausschusses
(3) Wird ein Beamter, der einen Wiederanstellungsanspruch nach § 9 des Gesetzes vom 11. Mai 1951 (Bundesgesetzbl. I S. 291) hat, für den aber eine seiner Vor- und Ausbildung entsprechende Verwendungsmöglichkeit im Bundesdienst nicht besteht, bei einem anderen Dienstherrn beschäftigt oder von diesem übernommen, so kann mit Zustimmung des Bundesministers der Finanzen ein etwaiger Unterschiedsbetrag zwischen den nach der rechtskräftigen Wiedergutmachungsentscheidung zustehenden Dienstbezügen und den aus dem neuen Beschäftigungs- oder Dienstverhältnis zustehenden Bezügen aus Bundesmitteln gezahlt werden. Das gleiche gilt für einen Ruhestandsbeamten, der auf Grund des § 10 Abs. 2 des Gesetzes vom 11. Mai 1951 (Bundesgesetzbl. I S. 291) die vollen Dienstbezüge erhält. Zu den Dienstbezügen rechnen das Grundgehalt, ruhegehaltfähige Stellenzulagen, der Wohnungsgeldzuschuß nach dem Ort der Verwendung und Kinderzuschläge.	**(3) Wird ein Beamter, der einen Wiederanstellungsanspruch nach § 9 des Gesetzes vom 11. Mai 1951 (Bundesgesetzbl. I S. 291) gegen den Bund hat, für den sich aber keine geeignete Verwendungsmöglichkeit im Bundesdienst bietet, von einem anderen Dienstherrn übernommen, so kann diesem von der zur Durchführung der Wiedergutmachung zuständigen obersten Bundesbehörde mit Zustimmung des Bundesministers der Finanzen ein laufender Zuschuß aus Bundesmitteln bis höchstens zur Hälfte der Aufwendungen zugesichert werden, die dem Bunde im Falle einer dem Wiedergutmachungsbescheid entsprechenden Wiederverwendung des Berechtigten an Dienstbezügen erwachsen würden. Dies gilt auch dann, wenn der Beamte zu einem anderen Dienstherrn abgeordnet oder beurlaubt wird. Der Bundeszuschuß kann auch dann zugesichert werden, wenn der wiedergutmachungsberechtigte Beamte nach Inkrafttreten des Gesetzes vom 11. Mai 1951 als Beamter auf Lebenszeit oder auf Zeit von einem anderen Dienstherrn in einer nicht dem Wiedergutmachungsbescheid entsprechenden Rechtsstellung übernommen worden ist, jedoch höchstens bis zu dem Betrage der Mehraufwendungen, die dem anderen Dienstherrn dadurch entstehen, daß er die Rechtsstellung des Beamten auf das dem Wiedergutmachungsbescheid entsprechende Maß verbessert.** **(4) Absatz 3 findet entsprechende Anwendung** **1. auf ehemalige Berufssoldaten (§ 20 des Gesetzes vom 11. Mai 1951) mit der Maßgabe, daß an die Stelle der Dienstbezüge das Ruhegehalt tritt;** **2. auf Angestellte und Arbeiter, die einen Wiederanstellungsanspruch nach § 21 des Gesetzes vom 11. Mai 1951 gegen den Bund haben, für die sich aber keine entsprechende geeignete Verwendungsmöglichkeit im Bundesdienst bietet.**
§ 6	§ 6
(1) Wird ein planmäßiger Beamter zur Dienstleistung bei einer öffentlichen internationalen Organisation im dienstlichen Interesse des Bundes unter Fortfall seiner Dienstbezüge beurlaubt, so kann der Bundesminister der Finanzen im Haushaltsplan beim Besoldungstitel der entsendenden Dienst-	(1) unverändert

Vorlage	Beschlüsse des 10. Ausschusses
behörde eine Leerstelle der Besoldungsgruppe des Beurlaubten ausbringen. Die Ausbringung ist nur zulässig, wenn die Beurlaubung voraussichtlich länger als ein Jahr dauert und ein unabweisbares Bedürfnis für die Neubesetzung der von dem beurlaubten Beamten innegehabten Planstelle gegeben ist.	
(2) Mit Ablauf der Beurlaubung ist der Beamte in eine freie oder in die nächste freiwerdende Planstelle seiner Besoldungsgruppe bei seiner Dienstbehörde einzuweisen; mit der Einweisung entfällt die Leerstelle. Bis zur Einweisung in eine freie Planstelle ist er auf der Leerstelle zu führen, sofern nicht eine Einweisung in eine sonstige freie Planstelle des Bundeshaushaltsplans erfolgt; solange er auf der Leerstelle geführt wird, dürfen, soweit erforderlich, die hierdurch entstehenden Mehrausgaben in Abweichung von § 33 Abs. 1 der Reichshaushaltsordnung ohne besondere Zustimmung des Bundesministers der Finanzen über die Ansätze des Haushaltsplans hinaus geleistet werden. Die Vorschriften des § 36 a der Reichshaushaltsordnung bleiben unberührt.	(2) Mit Ablauf der Beurlaubung ist der Beamte in eine freie oder in die nächste freiwerdende Planstelle seiner Besoldungsgruppe bei seiner Dienstbehörde einzuweisen; mit der Einweisung entfällt die Leerstelle. Bis zur Einweisung in eine freie Planstelle ist er auf der Leerstelle zu führen, sofern nicht eine Einweisung in eine sonstige freie Planstelle des Bundeshaushaltsplans erfolgt. Die Vorschriften des § 36 a der Reichshaushaltsordnung bleiben unberührt.
§ 7	§ 7
Die Vorschrift des § 75 der Reichshaushaltsordnung findet im Rechnungsjahr 1952 hinsichtlich der Ausgabereste des Rechnungsjahres 1950 in Höhe von 318 780 266 Deutsche Mark keine Anwendung.	unverändert
§ 8	§ 8
	(1) In § 6 Abs. 1 des Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1952 (Haushaltsgesetz 1952) vom 25. Juni 1952 (Bundesgesetzbl. II S. 605) wird die Zahl „2 243 708 650 Deutsche Mark" ersetzt durch die Zahl „2 143 708 650 Deutsche Mark".
In § 6 Abs. 2 des Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1952 (Haushaltsgesetz 1952) vom 25. Juni 1952 (Bundesgesetzbl. II S. 605) wird die Zahl „2 243 708 650 Deutsche Mark" ersetzt durch die Zahl „1 240 757 000 Deutsche Mark".	(2) In § 6 Abs. 2 des Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1952 (Haushaltsgesetz 1952) vom 25. Juni 1952 (Bundesgesetzbl. II S. 605) wird die Zahl „2 243 708 650 Deutsche Mark" ersetzt durch die Zahl **„1 242 250 000** Deutsche Mark".

Vorlage	Beschlüsse des 10. Ausschusses
§ 9	§ 9
Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, die zur Durchführung dieses Gesetzes erforderlichen allgemeinen Verwaltungsvorschriften zu erlassen.	unverändert
	§ 9a
	Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe der §§ 12 Abs. 1 und 13 Abs. 1 des Gesetzes über die Stellung des Landes Berlin im Finanzsystem des Bundes (Drittes Überleitungsgesetz) vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Lande Berlin.
§ 10	§ 10
Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. April 1952 in Kraft.	Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. April 1952 in Kraft.

Gesamtplan

des

Nachtrags zum Bundeshaushaltsplan

1952

Einzelplan	Kap.	Dienststellen	A. Ordentlicher Haushalt				
			Einnahmen	Ausgaben			Mithin Überschuß (+) Zuschuß (—)
				fortdauernde	einmalige	Summe	
1	1a	2	3	4	5	6	7
I		**Bundespräsident und Bundespräsidialamt**					
	1	Bundespräsident	—	—	—	—	—
	2	Bundespräsidialamt	— 10 000	91 200	—	91 200	— 101 200
		Zusammen	— 10 000	91 200	—	91 200	— 101 200
II		**Deutscher Bundestag**					
	1	Deutscher Bundestag	47 000	806 700	1 048 600	1 855 300	— 1 808 300
III		**Deutscher Bundesrat**					
	1	Deutscher Bundesrat	— 2 000	6 000	63 200	69 200	— 71 200
IV		**Bundeskanzler und Bundeskanzleramt**					
	1	Bundeskanzler und Bundeskanzlei	7 100	359 700	—	359 700	— 352 600
	2	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung	2 900	3 432 850	293 050	3 725 900	— 3 723 000
	3	Der Beauftragte der Bundesregierung für die mit der Vermehrung der alliierten Truppen zusammenhängenden Fragen	1 000	2 798 100	346 700	3 144 800	— 3 143 800
		Zusammen	11 000	6 590 650	639 750	7 230 400	— 7 219 400
IV a		**Auswärtiges Amt**					
	1	Auswärtiges Amt	12 500	3 902 400	14 187 950	18 090 350	— 18 077 850
	2	Vertretung des Bundes im Ausland	3 265 200	27 552 100	3 240 000	30 792 100	— 27 526 900
	3	Sonstige allgemeine Haushaltsausgaben	—	3 260 100	—	3 260 100	— 3 260 100
	4	Minderausgaben	—	— 26 500 000	—	— 26 500 000	+ 26 500 000
		Zusammen	3 277 700	8 214 600	17 427 950	25 642 550	— 22 364 850
IV b		**Angelegenheiten des Europarates und verwandte Gebiete**					
	1	Angelegenheiten des Europarates und verwandte Gebiete	—	548 900	—	548 900	— 548 900
V		**Bundesministerium für den Marshallplan**					
	1	Bundesministerium für den Marshallplan	7 300	— 177 500	—	— 177 500	+ 184 800
	1a	ERP-Mittel	—	—	—	—	—
	1b	Anleihe der Export-Import-Bank Washington	—	—	—	—	—
	2	Deutsche Vertretung bei der OEEC in Paris und bei der MSA in Washington sowie ERP-Kontor in Bad Godesberg	1 800	+ 356 800	—	+ 356 800	— 355 000
		Zusammen	9 100	179 300	—	179 300	— 170 200

B. Außerordentlicher Haushalt			C. Ordentlicher und außerordentlicher Haushalt zusammen		
Einnahmen	Ausgaben	Mithin Überschuß (+) Zuschuß (—)	Einnahmen	Ausgaben	Mithin Überschuß (+) Zuschuß (—)
8	9	10	11	12	13
—	—	—	—	—	—
—	—	—	— 10 000	91 200	— 101 200
—	—	—	— 10 000	91 200	— 101 200
—	—	—	47 000	1 855 300	— 1 808 300
—	—	—	— 2000	69 200	— 71 200
—	3 200 000	— 3 200 000	7 100	3 559 700	— 3 552 600
—	—	—	2 900	3 725 900	— 3 723 000
—	—	—	1 000	3 144 800	— 3 143 800
—	3 200 000	— 3 200 000	11 000	10 430 400	— 10 419 400
—	3 735 000	— 3 735 000	12 500	21 825 350	— 21 812 850
—	—	—	3 265 200	30 792 100	— 27 526 900
—	—	—	—	3 260 100	— 3 260 100
—	—	—	—	— 26 500 000	+ 26 500 000
—	3 735 000	— 3 735 000	3 277 700	29 377 550	— 26 099 850
—	—	—	—	548 900	— 548 900
—	—	—	7 300	— 177 500	+ 184 800
— 261 444 500	— 252 919 500	— 8 525 000	— 261 444 500	— 252 919 500	— 8 525 000
—	70 980 000	— 70 980 000	—	70 980 000	— 70 980 000
—	—	—	1 800	356 800	— 355 000
261 444 500	— 181 939 500	— 79 505 000	— 261 435 400	— 181 760 200	— 79 675 200

Einzelplan	Kap.	Dienststellen	A. Ordentlicher Haushalt				
			Einnahmen	Ausgaben			Mithin Überschuß (+) Zuschuß (—)
				fortdauernde	einmalige	Summe	
1	1a	2	3	4	5	6	7
Va		**Deutscher Vertreter im Rat der Internationalen Ruhrbehörde und Deutsches Delegationsbüro in Düsseldorf**					
	1	Deutscher Vertreter im Rat der Internationalen Ruhrbehörde und Deutsches Delegationsbüro in Düsseldorf	—	— 183100	—	— 183100	+ 183100
VI		**Bundesministerium des Innern**					
	1	Bundesministerium des Innern	7400	4084100	— 1074700	3009400	— 3002000
	2	Sonstige Bewilligungen	100000	18078700	460000	18538700	— 18438700
	3	Bundesverwaltungsgericht	3300	715100	— 3000	712100	— 708800
	4	Der Oberbundesanwalt beim Bundesverwaltungsgericht	100	57000	— 3000	54000	— 53900
	5	Dienststrafhof	— 12000	— 166100	—	— 166100	+ 154100
	5a	Bundesdienststrafhof	600	440100	—	440100	— 439500
	6	Der Vertreter des öffentlichen Interesses beim Dienststrafhof	—	— 39900	—	— 39900	+ 39900
	6a	Der Bundesanwalt (Generalanwalt) beim Bundesdienststrafhof	—	113700	—	113700	— 113700
	7	Dienststrafkammern	— 20000	— 148000	—	— 148000	+ 128000
	7a	Bundesdienststrafkammern	58500	252500	—	252500	— 194000
	8	Statistisches Bundesamt	47500	3628900	— 49800	3579100	— 3531600
	9	Bundesamt für Verfassungsschutz ..	18300	532500	78500	611000	— 592700
	10	Bundeskriminalamt	—	2072100	72000	2144100	— 2144100
	11	Bundesgesundheitsamt	100200	3049000	79000	3128000	— 3027800
	12	Bundesamt für Auswanderung	2000	111500	—	111500	— 109500
	13	Bundesarchiv	4000	139100	— 277400	— 138300	+ 142300
	14	Institut für Raumforschung	6100	38700	—	38700	— 32600
	16	Institut für angewandte Geodäsie ..	136000	485700	107000	592700	— 456700
	17	Amt (Bundesanstalt) für Landeskunde	1800	6100	—	6100	— 4300
	18	Bundesanstalt für zivilen Luftschutz	800	100000	495000	595000	— 594200
	19	Vorbereitende Luftschutzmaßnahmen	—	— 910000	— 300000	— 1210000	+ 1210000
	20	Personalamt der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes ..	—	— 144800	—	— 144800	+ 144800
	21	Abwicklungsstellen der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes	—	— 4700	—	— 4700	+ 4700
	22	Bundespaßkontrolldienst	77400	4902200	216800	5119000	— 5041600
	23	Bundesausgleichsstelle	—	149100	—	149100	— 149100
	24	Befehls- und Beschaffungseinrichtungen	— 27300	— 361900	— 6500000	— 6861900	+ 6834600
	25	Bundesgrenzschutz	2061700	18198500	3872300	22070800	— 20009100
	26	Beschaffungsstelle für den Bundesgrenzschutz	—	423500	— 15000	408500	— 408500
	27	Seegrenzschutzverband	113100	2041300	2112000	4153300	— 4040200
	28	Büro für Aufenthaltsgenehmigungen beim Bundesminister des Innern	—	82700	—	82700	— 82700
	29	Deutsches Archäologisches Institut..	1600	773200	20900	794100	— 792500
	32	Bundesamt für Landbeschaffung....	—	—	67500	67500	— 67500
	33	Zulassungs- und Beschwerdeausschüsse in Sammellagern für Ausländer	—	273400	18000	291400	— 291400
	34	Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften	—	11500	—	11500	— 11500
	35	Bundeszentrale für Heimatdienst ..	—	2370800	17600	2388400	— 2388400
		Zusammen....	2681100	61355600	— 606300	60749300	— 58068200

B. Außerordentlicher Haushalt			C. Ordentlicher und außerordentlicher Haushalt zusammen		
Einnahmen	Ausgaben	Mithin Überschuß (+) Zuschuß (—)	Einnahmen	Ausgaben	Mithin Überschuß (+) Zuschuß (—)
8	9	10	11	12	13
—	—	—	—	— 183 100	+ 183 100
—	—	—	7 400	3 009 400	— 3 002 000
—	—	—	100 000	18 538 700	— 18 438 700
—	—	—	3 300	712 100	— 708 800
—	—	—	100	54 000	— 53 900
—	—	—	— 12 000	— 166 100	+ 154 100
—	—	—	600	440 100	— 439 500
—	—	—	—	— 39 900	+ 39 900
—	—	—	—	113 700	— 113 700
—	—	—	— 20 000	— 148 000	+ 128 000
—	—	—	58 500	252 500	— 194 000
—	3 000 000	— 3 000 000	47 500	6 579 100	— 6 531 600
—	—	—	18 300	611 000	— 592 700
—	—	—	—	2 144 100	— 2 144 100
—	—	—	100 200	3 128 000	— 3 027 800
—	—	—	2 000	111 500	— 109 500
—	—	—	4 000	— 138 300	+ 142 300
—	—	—	6 100	38 700	— 32 600
—	—	—	136 000	592 700	— 456 700
—	—	—	1 800	6 100	— 4 300
—	—	—	800	595 000	— 594 200
—	—	—	—	— 1 210 000	+ 1 210 000
—	—	—	—	— 144 800	+ 144 800
—	—	—	—	— 4 700	+ 4 700
—	—	—	77 400	5 119 000	— 5 041 600
—	—	—	—	149 100	— 149 100
—	—	—	— 27 300	— 6 861 900	+ 6 834 600
—	—		2 061 700	22 070 800	— 20 009 100
—	—	—	—	408 500	— 408 500
—	—	—	113 100	4 153 300	— 4 040 200
—	—	—	—	82 700	— 82 700
—	—	—	1 600	794 100	— 792 500
—	—	—	—	67 500	— 67 500
—	—	—	—	291 400	— 291 400
—	—	—	—	11 500	— 11 500
—	—	—	—	2 388 400	— 2 388 400
—	3 000 000	— 3 000 000	2 681 100	63 749 300	— 61 068 200

Einzelplan	Kap.	Dienststellen	A. Ordentlicher Haushalt				
			Einnahmen	Ausgaben			Mithin Überschuß (+) Zuschuß (—)
				fortdauernde	einmalige	Summe	
1	1a	2	3	4	5	6	7
VII		**Bundesministerium der Justiz**					
	1	Bundesministerium der Justiz.....	304 500	387 200	—	387 200	— 82 700
	2	Bundesverfassungsgericht	1 500	376 600	202 700	579 300	— 577 800
	4	Bundesgerichtshof	131 900	956 300	—	956 300	— 824 400
	4a	Deutsches Obergericht	— 2 300	— 121 900	—	— 121 900	+ 119 600
	4b	Generalanwaltschaft	— 100	— 62 300	—	— 62 300	+ 62 200
	5	Deutsches Patentamt	2 375 100	3 141 000	—	3 141 000	— 765 900
		Zusammen....	2 810 600	4 676 900	202 700	4 879 600	— 2 069 000
VIII		**Bundesministerium der Finanzen**					
	1	Bundesministerium der Finanzen ..	34 900	4 039 300	139 300	4 178 600	— 4 143 700
	2	Bundesfinanzhof	— 20 900	300 500	10 400	310 900	— 331 800
	3	Bundesbaudirektion	—	55 700	—	55 700	— 55 700
	4	Bundesfinanzverwaltung — Steuer..	—	113 313 200	—	113 313 200	— 113 313 200
	5	Bundesfinanzverwaltung — Zoll....	2 487 400	37 531 300	821 500	38 352 800	— 35 865 400
	6	Bundesvermögens- und Bundesbauverwaltung	10 696 300	37 733 000	214 000	37 947 000	— 27 250 700
	7	Hauptamt für Soforthilfe	100	314 700	2 600	317 300	— 317 200
	8	Bundesausgleichsamt	—	696 200	78 500	774 700	— 774 700
	9	Amt für Wertpapierbereinigung....	3 000	306 900	50 100	357 000	— 354 000
	10	Bundeshauptkasse	—	46 400	—	46 400	— 46 400
	11	Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder	—	46 600	—	46 600	— 46 600
		Zusammen....	13 200 800	194 383 800	1316 400	195 700 200	— 182 499 400
IX		**Bundesministerium für Wirtschaft**					
	1	Bundesministerium für Wirtschaft ..	— 17 368 200	5 048 200	1 048 800	6 097 000	— 23 465 200
	1a	Verwaltung für Wirtschaft in Abwicklung	— 100	— 57 400	—	— 57 400	+ 57 300
	2	Bundesstelle für den Warenverkehr der gewerblichen Wirtschaft	— 5 500	2 569 500	— 70 000	2 499 500	— 2 505 000
	2a	Fachstellen der gewerblichen Wirtschaft in Abwicklung	— 1 688 000	— 1 688 000	—	— 1 688 000	—
	3	Physikalisch-Technische Bundesanstalt	50 000	1 153 500	15 800	1 169 300	— 1 119 300
	4	Bundesauskunftsstelle für den Außenhandel	500	238 900	—	238 900	— 238 400
	5	Bundesaufsichtsamt für Versicherungs- und Bausparwesen	311 100	837 200	200	837 400	— 526 300
		Zusammen....	— 18 700 200	8 101 900	994 800	9 096 700	— 27 796 900
X		**Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**					
	1	Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	92 706 300	19 670 600	— 46 187 700	— 26 517 100	+ 119 223 400
	2	Biologische Bundesanstalt für Land- und Forstwirtschaft in Braunschweig-Gliesmarode	36 800	453 600	24 000	477 600	— 440 800
	3	Bundesforschungsanstalt für Hauswirtschaft in Bad Godesberg	4 600	285 100	—	285 100	— 280 500
	4	Bundesanstalt für Lebensmittelforschung in Karlsruhe	300	81 300	—	81 300	— 81 000

B. Außerordentlicher Haushalt			C. Ordentlicher und außerordentlicher Haushalt zusammen		
Einnahmen	Ausgaben	Mithin Überschuß (+) Zuschuß (—)	Einnahmen	Ausgaben	Mithin Überschuß (+) Zuschuß (—)
8	9	10	11	12	13
—	—	—	304 500	387 200	— 82 700
—	—	—	1 500	579 300	— 577 800
—	—	—	131 900	956 300	— 824 400
—	—	—	— 2 300	— 121 900	+ 119 600
—	—	—	— 100	— 62 300	+ 62 200
—	—	—	2 375 100	3 141 000	— 765 900
—	—	—	2 810 600	4 879 600	— 2 069 000
—	—	—	34 900	4 178 600	— 4 143 700
—	—	—	— 20 900	310 900	— 331 800
—	—	—	—	55 700	— 55 700
—	—	—	—	113 313 200	— 113 313 200
—	5 027 000	— 5 027 000	2 487 400	43 379 800	— 40 892 400
—	200 000	— 200 000	10 696 300	38 147 000	— 27 450 700
—	—	—	100	317 300	— 317 200
—	—	—	—	774 700	— 774 700
—	—	—	3 000	357 000	— 354 000
—	—	—	—	46 400	— 46 400
—	—	—	—	46 600	— 46 600
—	5 227 000	— 5 227 000	13 200 800	200 927 200	— 187 726 400
— 61 643 200	159 748 800	— 221 392 000	— 79 011 400	165 845 800	— 244 857 200
—	—	—	— 100	— 57 400	+ 57 300
—	—	—	— 5 500	2 499 500	— 2 505 000
—	—	—	— 1 688 000	— 1 688 000	—
—	1 602 000	— 1 602 000	50 000	2 771 300	— 2 721 300
—	—	—	500	238 900	— 238 400
—	—	—	311 100	837 400	— 526 300
— 61 643 200	161 350 800	— 222 994 000	— 80 343 400	170 447 500	— 250 790 900
—	11 500 000	— 11 500 000	92 706 300	— 15 017 100	+ 107 723 400
—	—	—	36 800	477 600	— 440 800
—	—	—	4 600	285 100	— 280 500
—	—	—	300	81 300	— 81 000

Einzelplan	Kap.	Dienststellen	A. Ordentlicher Haushalt				
			Einnahmen	Ausgaben			Mithin Überschuß (+) Zuschuß (—)
				fortdauernde	einmalige	Summe	
1	1a	2	3	4	5	6	7
(X)	5	Bundesversuchs- und Forschungsanstalt für Milchwirtschaft in Kiel	294 200	451 900	—	451 900	— 157 700
	6	Bundesanstalt für Forst- und Holzwirtschaft in Reinbek bei Hamburg	—	115 800	10 000	125 800	— 125 800
	7	Bundesforschungsanstalt für Kleintierzucht in Celle	3 400	57 800	14 700	72 500	— 69 100
	8	Bundesanstalt für Getreideverarbeitung in Detmold	— 400	57 000	—	57 000	— 57 400
	9	Bundesanstalt für Fischerei in Hamburg	— 500	114 900	—	114 900	— 115 400
	10	Außenhandelsstelle für Erzeugnisse der Ernährung und Landwirtschaft in Frankfurt (Main)	2 511 100	1 455 700	25 000	1 480 700	+ 1 030 400
	11	Bundessortenamt für Nutzpflanzen in Bonn	23 400	221 400	47 000	268 400	— 245 000
	12	Bundesforschungsanstalt für Viruskrankheiten der Tiere	—	25 000	—	25 000	— 25 000
	13	Tabakforschungsinstitut in Forchheim	58 600	526 700	—	526 700	— 468 100
	14	Zentralstelle für Naturschutz und Landschaftspflege in Egestorf	—	4 500	—	4 500	— 4 500
	15	Zentralstelle für Vegetationskartierung in Stolzenau (Weser)	5 000	33 800	—	33 800	— 28 800
	16	Bundesforschungsanstalt für Fleischwirtschaft in Kulmbach	35 200	194 800	—	194 800	— 159 600
	17	Durchführung von Maßnahmen zur Förderung der Ernährungs-, Land- und Forstwirtschaft aus Mitteln des ERP-Sondervermögens	—	—	—	—	—
		Zusammen....	95 678 000	23 749 900	— 46 067 000	— 22 317 100	+ 117 995 100
XI		**Bundesministerium für Arbeit**					
	1	Bundesministerium für Arbeit	— 13 800	2 191 900	94 500	2 286 400	— 2 300 200
	1a	Arbeitslosenhilfe	480 000	102 449 000	—	102 449 000	— 101 969 000
	1b	Betriebliche Altersfürsorge	—	15 000 000	—	15 000 000	— 15 000 000
	1c	Sozialversicherung	250 000	250 660 000	—	250 660 000	— 250 410 000
	1d	Minderausgabe	—	— 160 000 000	—	— 160 000 000	+ 160 000 000
	2	Bundesausführungsbehörde für Unfallversicherung	— 534 800	85 300	—	85 300	— 620 100
	3	Bundesinstitut für Arbeitsschutz	20 700	119 900	21 500	141 400	— 120 700
		Zusammen....	202 100	210 506 100	116 000	210 622 100	— 210 420 000
XII		**Bundesministerium für Verkehr**					
	1	Bundesministerium für Verkehr	205 900	3 385 700	4 456 600	7 842 300	— 7 636 400
	2	Binnenwasserstraßenverwaltung	1 217 200	4 280 600	—	4 280 600	— 3 063 400
	3	Bundesschleppbetrieb	—	—	—	—	—
	4	Seewasserstraßenverwaltung	— 304 400	3 793 700	—	3 793 700	— 4 098 100
	5	Bundesamt für Schiffsvermessung	130 000	40 500	—	40 500	+ 89 500
	6	Deutsches Hydrographisches Institut	147 800	569 700	—	569 700	— 421 900
	7	Bundesanstalt für Gewässerkunde	3 500	134 300	20 000	154 300	— 150 800
	8	Bundesanstalt für Wasserbau	—	90 000	—	90 000	— 90 000
	9	Kraftfahrt-Bundesamt	797 300	1 436 200	58 200	1 494 400	— 697 100
	10	Typprüfstelle für Kraftfahrzeuge	— 21 800	— 44 900	—	— 44 900	+ 23 100

B. Außerordentlicher Haushalt			C. Ordentlicher und außerordentlicher Haushalt zusammen		
Einnahmen	Ausgaben	Mithin Überschuß (+) Zuschuß (—)	Einnahmen	Ausgaben	Mithin Überschuß (+) Zuschuß (—)
8	9	10	11	12	13
—	—	—	294 200	451 900	— 157 700
—	—	—	—	125 800	— 125 800
—	—	—	3 400	72 500	— 69 100
—	—	—	— 400	57 000	— 57 400
—	—	—	— 500	114 900	— 115 400
—	—	—	2 511 100	1 480 700	+ 1 030 400
—	—	—	23 400	268 400	— 245 000
—	—	—	—	25 000	— 25 000
—	—	—	58 600	526 700	— 468 100
—	—	—	—	4 500	— 4 500
—	—	—	5000	33 800	— 28 800
—	—	—	35 200	194 800	— 159 600
—	—	—	—	—	—
—	11 500 000	— 11 500 000	95 678 000	— 10 817 100	+ 106 495 100
—	—	—	— 13 800	2 286 400	— 2 300 200
—	—	—	480 000	102 449 000	— 101 969 000
—	—	—	—	15 000 000	— 15 000 000
—	—	—	250 000	250 660 000	— 250 410 000
—	—	—	—	— 160 000 000	+ 160 000 000
—	—	—	— 534 800	85 300	— 620 100
—	—	—	20 700	141 400	— 120 700
—	—	—	202 100	210 622 100	— 210 420 000
—	42 350 000	— 42 350 000	205 900	50 192 300	— 49 986 400
—	4 500 000	— 4 500 000	1 217 200	8 780 600	— 7 563 400
—	—	—	—	—	—
—	4 050 000	— 4 050 000	— 304 400	7 843 700	— 8 148 100
—	—	—	130 000	40 500	+ 89 500
—	—	—	147 800	569 700	— 421 900
—	—	—	3 500	154 300	— 150 800
—	—	—	—	90 000	— 90 000
—	—	—	797 300	1 494 400	— 697 100
—	—	—	— 21 800	— 44 900	+ 23 100

Einzelplan	Kap.	Dienststellen	A. Ordentlicher Haushalt				
			Einnahmen	Ausgaben			Mithin Überschuß (+) Zuschuß (—)
				fortdauernde	einmalige	Summe	
1	1a	2	3	4	5	6	7
(XII)	11	Bundesanstalt für Straßenbau	22 500	71 000	—	71 000	— 48 500
	12	Bundesfernverkehrsstraßen	— 1 732 700	9 824 500	—	9 824 500	— 11 557 200
	13	Oberprüfungsamt für die höheren technischen Verwaltungsbeamten ..	1 300	100	—	100	+ 1 200
	14 (alt)	Deutscher Wetterdienst	—	— 12 706 500	—	— 12 706 500	+ 12 706 500
	14 (neu)	Deutscher Wetterdienst	627 800	16 876 400	666 100	17 542 500	— 16 914 700
	15	Flugsicherung	—	6 275 000	4 830 300	11 105 300	— 11 105 300
		Zusammen....	1 094 400	34 026 300	10 031 200	44 057 500	— 42 963 100
XIII		**Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen**					
	2	Bundesdruckerei	—	— 355 000	—	— 355 000	+ 355 000
XIV		**Bundesministerium für Wohnungsbau**					
	1	Bundesministerium für Wohnungsbau	5 741 300	147 587 300	—	147 587 300	— 141 846 000
XV		**Bundesministerium für Vertriebene**					
	1	Bundesministerium für Vertriebene	— 10 700	10 703 900	—	10 703 900	— 10 714 600
	2	Notaufnahmelager Gießen, Uelzen und Berlin	—	1 876 800	—	1 876 800	— 1 876 800
		Zusammen....	— 10 700	12 580 700	—	12 580 700	— 12 591 400
XVI		**Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen**					
	1	Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen	— 2 300	7 431 800	—	7 431 800	— 7 434 100
XVII		**Bundesministerium für Angelegenheiten des Bundesrats**					
	1	Bundesministerium für Angelegenheiten des Bundesrats	400	68 800	—	68 800	— 68 400
XX		**Bundesrechnungshof**					
	1	Bundesrechnungshof	—	1 268 800	—	1 268 800	— 1 268 800
XXI		**Bundesschuld**					
	1	Bundesschuldenverwaltung	10 900	25 258 700	430 000	25 688 700	— 25 677 800
	1a	Archiv der Bundesschuldenverwaltung in Berlin	— 9 900	11 700	—	11 700	— 21 600
	2	Verzinsung	—	13 616 400	—	13 616 400	— 13 616 400
	3	Tilgung	—	—	—	—	—
	4	Rückkauf von Schuldurkunden des Bundes	—	25 020 000	—	25 020 000	— 25 020 000
	5	Inanspruchnahme aus Sicherheitsleistungen und Gewährleistungen	—	—	—	—	—
	1	Anleihe	—	—	—	—	—
		Zusammen....	1000	63 906 800	430 000	64 336 800	— 64 335 800

B. Außerordentlicher Haushalt			C. Ordentlicher und außerordentlicher Haushalt zusammen		
Einnahmen	Ausgaben	Mithin Überschuß (+) Zuschuß (—)	Einnahmen	Ausgaben	Mithin Überschuß (+) Zuschuß (—)
8	9	10	11	12	13
—	—	—	22 500	71 000	— 48 500
—	29 070 000	— 29 070 000	— 1 732 700	38 894 500	— 40 627 200
	—	—	1 300	100	+ 1 200
—					
—	— 60 000	— 60 000	—	— 12 766 500	+ 12 766 500
—	60 000	+ 60 000	627 800	17 602 500	— 16 974 700
—	—	—	—	11 105 300	— 11 105 300
—	79 970 000	— 79 970 000	1 094 400	124 027 500	— 122 933 100
—	—	—	—	— 355 000	+ 355 000
—	72 500 000	— 72 500 000	5 741 300	220 087 300	— 214 346 000
—	—	—	— 10 700	10 703 900	— 10 714 600
—	—	—	—	1 876 800	— 1 876 800
—	—	—	— 10 700	12 580 700	— 12 591 400
—	—	—	— 2 300	7 431 800	— 7 434 100
—	—	—	400	68 800	— 68 400
—	4 000 000	— 4 000 000	—	5 268 800	— 5 268 800
—	2 200 000	— 2 200 000	10 900	27 888 700	— 27 877 800
—	—	—	— 9 900	11 700	— 21 600
—	—	—	—	13 616 400	— 13 616 400
—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	25 020 000	— 25 020 000
—	—	—	—	—	—
— 901 458 650	—	— 901 458 650	— 901 458 650	—	— 901 458 650
— 901 458 650	2 200 000	— 903 658 650	— 901 457 650	66 536 800	— 967 994 450

Einzelplan	Kap.	Dienststellen	A. Ordentlicher Haushalt				
			Einnahmen	Ausgaben			Mithin Überschuß (+) Zuschuß (—)
				fortdauernde	einmalige	Summe	
1	1a	2	3	4	5	6	7
XXII		**Finanzielle Hilfe für Berlin**					
	E 11	Finanzhilfe an Berlin	—	—	50 000 000	50 000 000	— 50 000 000
XXIII		**Allgemeine Finanzverwaltung**					
	1	Ablieferungen der Bundesbahn und Bundespost	10 000 000	—	—	—	+ 10 000 000
	2	Besitz- und Verkehrsteuern	1 960 000 000	—	—	—	+ 1 960 000 000
	3	Zölle und Verbrauchsteuern	308 750 000	—	—	—	+ 308 750 000
	4	Abgabe „Notopfer Berlin"	105 000 000	—	—	—	+ 105 000 000
	5	Bank- und Münzwesen	— 255 000 000	—	—	—	— 255 000 000
	6	Interessenquote der Länder	— 112 000 000	—	—	—	— 112 000 000
	7	Allgemeine Einnahmen	500 000	—	—	—	+ 500 000
	9	Anteil des Bundes an der Einkommen- und Körperschaftsteuer..	1 912 060 000	—	—	—	+ 1 912 060 000
	11	Beitrag der Länder zur Deckung des Fehlbetrages aus dem Rechnungsjahr 1949	— 129 786 700	—	—	—	— 129 786 700
	12	Mehrertrag aus Steuern	— 519 000 000	—	—	—	— 519 000 000
	1	Versorgungsbezüge	—	— 920 000	—	— 920 000	+ 920 000
	2	Beihilfen und Renten	—	— 80 000	—	— 80 000	+ 80 000
	3	Bewilligungen besonderer Art	—	30 200 000	—	30 200 000	— 30 200 000
	4	Bank- und Münzwesen	—	— 55 000 000	—	— 55 000 000	+ 55 000 000
	7	Sonstige Ausgaben	—	— 11 508 100	—	— 11 508 100	+ 11 508 100
	8	Minderungsausgabe	—	— 30 000 000	—	— 30 000 000	+ 30 000 000
	9	Verstärkung der Mittel für persönliche Verwaltungsausgaben	—	— 5 500 000	—	— 5 500 000	+ 5 500 000
	E 10	Zur Deckung des Nachtrags	—	—	— 283 107 250	— 283 107 250	+ 283 107 250
	E 11	Beteiligungen des Bundes	—	—	— 1 550 000	— 1 550 000	+ 1 550 000
	E 12	Einmalige Unterstützungen an die Beamten, Angestellten und Versorgungsempfänger des Bundes einschließlich der unter das Gesetz zu Art. 131 GG fallenden Personen sowie an die Beamten und Angestellten der Kriegsopferversorgungsverwaltung	—	—	40 000 000	40 000 000	— 40 000 000
	E 13	Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts	—	—	200 000	200 000	— 200 000
	E 14	Fonds zur Sanierung von Notstandsgebieten	—	—	23 000 000	23 000 000	— 23 000 000
	E 15	Fehlbetrag aus Vorjahren	—	—	94 446 300	94 446 300	— 94 446 300
	E 18	Rückkauf von durch die Besatzungsmächte beschlagnahmten Schwimmdocks (erster Teilbetrag)	—	—	5 870 000	5 870 000	— 5 870 000
	1	Rückeinnahmen aus Darlehen und Gewinne aus Beteiligungen	—	—	—	—	—
	2	Beitrag der HICOG zur Bevorratung Berlins	—	—	—	—	—
	A 1	Zur Deckung des Nachtrags	—	—	—	—	—

B. Außerordentlicher Haushalt			C. Ordentlicher und außerordentlicher Haushalt zusammen		
Einnahmen	Ausgaben	Mithin Überschuß (+) Zuschuß (—)	Einnahmen	Ausgaben	Mithin Überschuß (+) Zuschuß (—)
8	9	10	11	12	13
—	—	—	—	50 000 000	— 50 000 000
—	—	—	10 000 000	—	+ 10 000 000
—	—	—	1 960 000 000	—	+ 1 960 000 000
—	—	—	308 750 900	—	+ 308 750 000
—	—	—	105 000 000	—	+ 105 000 000
—	—	—	— 255 000 000	—	— 255 000 000
—	—	—	— 112 000 000	—	— 112 000 000
—	—	—	500 000	—	+ 500 000
—	—	—	1 912 060 000	—	+ 1 912 060 000
—	—	—	— 129 786 700	—	— 129 786 700
—	—	—	— 519 000 000	—	— 519 000 000
—	—	—	—	— 920 000	+ 920 000
—	—	—	—	— 80 000	+ 80 000
—	—	—	—	30 200 000	— 30 200 000
—	—	—	—	— 55 000 000	+ 55 000 000
—	—	—	—	— 11 508 100	+ 11 508 100
—	—	—	—	— 30 000 000	+ 30 000 000
—	—	—	—	— 5 500 000	+ 5 500 000
—	—	—	—	— 283 107 250	+ 283 107 250
—	—	—	—	— 1 550 000	+ 1 550 000
—	—	—	—	40 000 000	— 40 000 000
—	—	—	—	200 000	— 200 000
—	—	—	—	23 000 000	— 23 000 000
—	—	—	—	94 446 300	— 94 446 300
—	—	—	—	5 870 000	— 5 870 000
2 470 750	—	+ 2 470 750	2 470 750	—	+ 2 470 750
100 000 000	—	+ 100 000 000	100 000 000	—	+ 100 000 000
—	— 150 675 200	+ 150 675 200	—	— 150 675 200	+ 150 675 200

Einzelplan	Kap.	Dienststellen	A. Ordentlicher Haushalt				
			Einnahmen	Ausgaben			Mithin Überschuß (+) Zuschuß (—)
				fortdauernde	einmalige	Summe	
1	1a	2	3	4	5	6	7
(XXIII)	11	Beteiligungen des Bundes	—	—	—	—	—
	12	Ausgleichszuschüsse an überlastete Länder	—	—	—	—	—
	13	Wohnungsfürsorge für Angehörige der Zollverwaltung	—	—	—	—	—
	14	Neu- und Umbau von Dienstgebäuden in Bonn	—	—	—	—	—
	18	Darlehen an Länder	—	—	—	—	—
	19	Beitritt der Bundesrepublik zum Internationalen Währungsfonds und zur Weltbank	—	—	—	—	—
		Zusammen....	3 280 523 300	— 72 808 100	— 121 140 950	— 193 949 050	+ 3 474 472 350
XXIV		**Verteidigungslasten einschließlich Besatzungskosten und Auftragsausgaben**					
	1	Besatzungskosten					
	2	Auftragsausgaben Kl. I	—	1 629 911 700	—	1 629 911 700	— 1 629 911 700
	3	Auftragsausgaben Kl. II					
	4	Zusätzliche Verteidigungslasten	—	1 142 072 300	—	1 142 072 300	— 1 142 072 300
		Zusammen....	—	2 771 984 000	—	2 771 984 000	— 2 771 984 000.
XXVI		**Soziale Kriegsfolgelasten**					
	1	Kriegsfolgenhilfe	10 000 100	— 40 100 000	—	— 40 100 000	+ 50 100 100
	1b	Leistungen des Bundes auf Grund des Lastenausgleichsgesetzes	—	140 000 000	—	140 000 000	— 140 000 000
	2	Umsiedlung und Auswanderung	100	13 500 000	—	13 500 000	— 13 499 900
	3a	Versorgung von verdrängten Angehörigen des öffentlichen Dienstes und von Angehörigen aufgelöster Dienststellen sowie ihrer Hinterbliebenen (soweit nicht bei Kap. 3 b)	6 300 000	21 521 000	—	21 521 000	— 15 221 000
	3b	Versorgung der Berufssoldaten der früheren Wehrmacht und der berufsmäßigen Angehörigen des früheren Reichsarbeitsdienstes sowie ihrer Hinterbliebenen	— 600 000	— 40 723 000	—	— 40 723 000	+ 40 123 000
	4	Kriegsopferversorgung	1 687 700	— 37 878 700	1 345 000	— 36 533 700	+ 38 221 400
	5	Minderausgabe	—	— 52 900 000	—	— 52 900 000	+ 52 900 000
		Zusammen....	17 387 900	3 419 300	1 345 000	4 764 300	+ 12 623 600
		Insgesamt....	3 403 940 500	3 488 139 150	— 84 198 650	3 403 940 500	—

B. Außerordentlicher Haushalt			C. Ordentlicher und außerordentlicher Haushalt zusammen		
Einnahmen	Ausgaben	Mithin Überschuß (+) Zuschuß (—)	Einnahmen	Ausgaben	Mithin Überschuß (+) Zuschuß (—)
8	9	10	11	12	13
—	10 068 000	— 10 068 000	—	10 068 000	— 10 068 000
—	250 000 000	— 250 000 000	—	250 000 000	— 250 000 000
—	13 000 000	— 13 000 000	—	13 000 000	— 13 000 000
—	6 700 000	— 6 700 000	—	6 700 000	— 6 700 000
—	30 000 000	— 30 000 000	—	30 000 000	— 30 000 000
—	184 000 000	— 184 000 000	—	184 000 000	— 184 000 000
102 470 750	343 092 800	— 240 622 050	3 382 994 050	149 143 750	+ 3 233 850 300
—	— 1 629 911 700	+ 1 629 911 700	—	—	—
—	—	—	—	1 142 072 300	— 1 142 072 300
—	— 1 629 911 700	+ 1 629 911 700	—	1 142 072 300	— 1 142 072 300
—	—	—	10 000 100	— 40 100 000	+ 50 100 100
—	—	—	—	140 000 000	— 140 000 000
—	—	—	100	13 500 000	— 13 499 900
—	—	—	6 300 000	21 521 000	— 15 221 000
—	—	—	— 600 000	— 40 723 000	+ 40 123 000
—	—	—	1 687 700	— 36 533 700	+ 38 221 400
—	—	—	—	— 52 900 000	+ 52 900 000
—	—	—	17 387 900	4 764 300	+ 12 623 600
— 1 122 075 600	— 1 122 075 600	·/.	2 281 864 900	2 281 864 900	·/.